



Deutscher Fischerei-Verband e. V.

Union der Berufs- und Angelfischer

Venusberg 36 - 20459 Hamburg

Telefon: 040 31 48 84

Fax: 040 319 44 49

info@deutscher-fischerei-verband.de

Datum: 21.03.2017/cu

PRESSEMITTEILUNG

Brexit gefährdet deutsche Fischerei und deutsche Arbeitsplätze

- Fischereiverbände informieren Parlamentarier und deutsche Ministerialbürokratie -

Im Rahmen des zweiten parlamentarischen Frühstücks haben die deutschen Fischereiverbände heute mit den relevanten Bundestagsabgeordneten der Fraktionen und den Mitarbeitern der zuständigen Bundesbehörden die schweren Folgen eines harten Brexit für die deutsche Hochseefischerei diskutiert.

Traditionell genutzte Fanggebiete würden nach vorliegenden Informationen vollständig verloren gehen. Dies betrifft 50 % der gesamtdeutschen Fangmenge und 30 % der Gesamtumsätze, wenn die Briten ihren Anspruch auf die halbe Nordsee vollständig durchsetzen. Hering, Makrele, Blauer Wittling, Plattfische und Kaisergranat wären davon betroffen. Zurzeit werden 100 % der deutschen Nordseeheringsfänge in der britischen Zone getätigt.

Dies kostet nicht nur Arbeitsplätze auf den Fangschiffen, sondern auch im Fischverarbeitungswerk Euro-Baltic in Sassnitz/Mukran. Dies betrifft den Wahlkreis der Bundeskanzlerin, die sich in der Vergangenheit immer persönlich für die Fischerei in ihrer Heimat eingesetzt hat. Das Fischverarbeitungswerk ist abhängig von der Rohwarenbelieferung aus der Nordsee. Allein mit Ostseehering kann das Werk nicht rentabel arbeiten. Bei einer Schließung des Werkes ist auch die Existenz von bis zu 150 handwerklichen Fischereibetrieben an der deutschen Ostseeküste bedroht.

Auf europäischer Ebene haben sich die Fischereiorganisationen der neun hauptbetroffenen Länder zu einer Allianz zusammengeschlossen. Sie haben umfangreiches Datenmaterial erarbeitet und den Abgeordneten zur Verfügung gestellt. Die Allianz setzt sich für die Erhaltung ihrer Zugangsrechte und Fangquoten auf dem bisherigen Niveau ein. Besonders wichtig ist den europäischen Fischern die Sicherung der Nachhaltigkeit in der Nordseefischerei. Eine einseitige Quotenerhöhung durch die Briten könnte die Bewirtschaftungserfolge der letzten Jahre in der Nordsee zunichtemachen und somit die Reform der Europäischen Fischereipolitik ad absurdum führen.

Die Fischereivertreter empfahlen, keine gesonderten Fischereiverhandlungen zu führen, sondern das Thema mit anderen Bereichen aus Handel und Wirtschaft zu verknüpfen.

Dr. Uwe Richter, Vorsitzender des Deutschen Hochseefischerei-Verbandes, sagte: „Unser Ziel ist es, dass durch den Brexit keine Arbeitsplätze gefährdet werden und auch Preissteigerungen für den Verbraucher vermieden werden.“

Kontakt: Claus Ubl – 0176 832 10 604